

II-674 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XVII. Gesetzgebungsperiode

Nr. 399/J

1987-05-15

A N F R A G E

der Abgeordneten Mag. Guggenberger, Dr. Müller, Weinberger, Strobl
und Genossen
an den Bundesminister für Finanzen
betreffend Vergabepaxis bei frei gewordenen Tabakverschleißgeschäften

Das Tabakmonopolgesetz 1968 bildet die rechtliche Grundlage für die
berufliche Existenz der Tabak - Trafikanten.

Dieses Bundesgesetz räumt bei der Vergabe von Tabakverschleißgeschäf-
ten behinderten Personen ein Vorzugsrecht gegenüber Nichtbehinderten
ein.

Diese Rechtsbestimmung bietet tausenden Behinderten die Möglichkeit
eines gesicherten Erwerbseinkommens. Bewerben sich allerdings nach
dem Freiwerden eines Tabakverschleißgeschäftes der Ehegatte, leib -
liche Kinder, Stiefkinder, Schwiegerkinder oder Wahlkinder, deren
wirtschaftliche Existenz ohne das Verschleißgeschäft wesentlich er-
schwert wäre, kommen Behinderte nicht zum Zug.

Von Behindertenorganisationen wird immer wieder dahingehend Klage
geführt, daß das den Invaliden eingeräumte Vorzugsrecht durch eine
großzügige Interpretation des Gesetzes zugunsten der Angehörigen zu-
sehends an Bedeutung verliert. So wurden beispielsweise von der für
Tirol zuständigen Besetzungskommission bei der letzten Sitzung von
30 frei gewordenen Tabakverschleißgeschäften 26 an Angehörige vergeben.

Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher an den Bundesminister für Finanzen nachfolgende

A N F R A G E :

- 1.) Wieviele der in den letzten 5 Jahren im Bundesgebiet frei gewordenen Tabakverschleißgeschäfte wurden an Angehörige und wieviele an behinderte Bewerber vergeben ?
- 2.) Sind Sie bereit, durch eine Novellierung des Tabakmonopol - gesetzes dafür Sorge zu tragen, daß bei der Vergabe von Tabakverschleißgeschäften die Interessen Behinderter mehr als bisher berücksichtigt werden ?